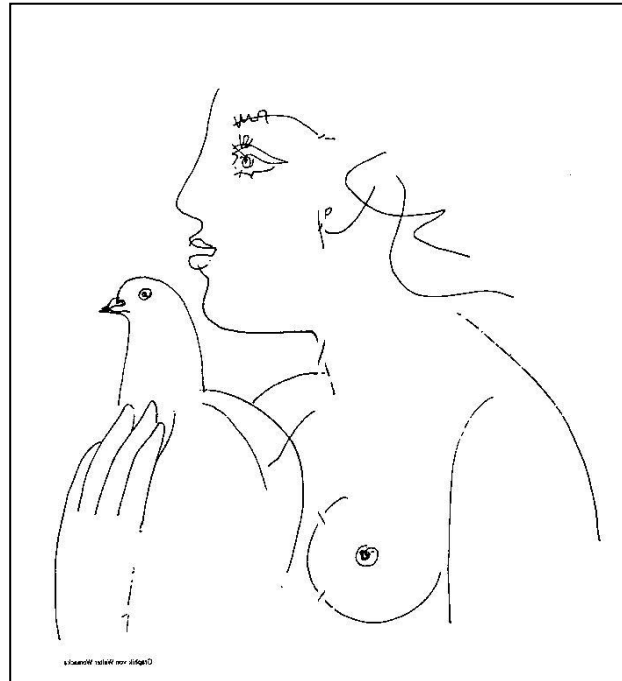


Nr. 209



Historische Tendenzen und Donald Trump

von

Prof. Dr. habil. Herbert Meißner

Redaktionsschluss: 17.04.2017

Nach dem II. Weltkrieg konnte viele Jahrzehnte verhindert werden, dass ein neuer großer Krieg ausbricht. Zu dieser Friedenserhaltung hat die Deutsche Demokratische Republik einen weltpolitisch bedeutsamen Beitrag geleistet! Heute leben wir wieder in einer krisengeschüttelten Welt mit vielerlei Kriegsschauplätzen. Mehr noch: die Gefahr eines neuen großen Krieges ist nicht völlig auszuschließen.

Wir kennen die heutigen Brandherde. Die im Nahen und Mittleren Osten ausgebrochenen Bürgerkriege, die mehrere Länder umfassen, sowie die gesamte Destabilisierung dieses arabischen Raumes wurde ausgelöst durch den mit einer großen Kriegslüge begonnenen Überfall der USA unter Bush auf den Irak.

In Kiew wurde von konservativen neofaschistischen und von den Westmächten gelenkten Kräften mit Barrikaden, Brandschatzung und militärischer Gewalt ein Staatsstreich durchgeführt, was zu bürgerkriegsartigen Gewaltakten in der Ostukraine führte.

In Israel versucht ein kriegslüsterner Regierungschef mit seiner Clique das palästinensische Volk zu kolonialisieren und einen Krieg gegen Iran zu provozieren.

Im Schatten dieser Konflikte führt der türkische Staatschef seinen Krieg gegen kurdischstämmige türkische Bevölkerungsteile. Darüber hinaus wurde in der Türkei der Ausnahmezustand verhängt, ohne gesetzliche Grundlage wurden mehrere Hundert Beamte und Staatsangestellte sowie Richter und Staatsanwälte entlassen, regierungskritische Zeitungen und Zeitschriften geschlossen und Journalisten inhaftiert.

Auf diesem Hintergrund von Demokratieabbau und Anstreben einer Präsidialdiktatur entsteht ein neues Konfliktfeld seitens der Türkei mit einigen europäischen Ländern, die diese Entwicklung sehr kritisch beobachten und bewerten.

Niemand kann garantieren, dass sich diese vielfältigen Konflikte nicht zu einem weltweiten Desaster ausbreiten.

Natürlich liegen diesen Konflikten jeweils unterschiedliche geo-

politische, wirtschaftliche, nationale u. a. Interessen zu Grunde.

Aber wir sollten uns dessen bewusst bleiben, dass hinter all diesen Erscheinungsformen letztlich eine Hauptursache steht: das diesem System immanente Profitstreben.

Hier schließt sich der Kreis. Kapitalistische Eigentumsverhältnisse, in welcher nationaler, historischer oder auch religiöser Ausprägung auch immer, führen gesetzmäßig zur Profitmaximierung. Maximalprofit realisiert sich durch globale Aneignung oder Nutzung aller verfügbaren Ressourcen. Das erfordert die Herrschaft über die entsprechenden Regionen - und diese Herrschaft wird durch militärische Bedrohung oder Anwendung militärischer Gewalt angestrebt.

Und wir wissen auch, dass in den meisten dieser Konflikte der USA - Imperialismus mit seinen Geheimdiensten und der von ihm kommandierten NATO aus dem Hintergrund die Fäden zog und zieht. Dabei geht es weder um Menschenrechte, Demokratie oder Volksinteressen - es geht um Öl, um Gas, um seltene Erden, um Elektrizität, Bodenschätze und Transportwege!

Wer hieran Zweifel hat, der lese nach, was im Mai 1997 in einer offiziellen Verlautbarung der USA - Regierung steht: sie sei zu militärischen Interventionen verpflichtet, „wenn es um die Sicherung des uneingeschränkten Zugangs zu den Schlüsselmärkten, Energievorräten und strategischen Ressourcen geht“.

Wer die Auftritte des neuen amerikanischen Präsidenten Donald Trump während des Wahlkampfes und auch danach verfolgt hat, weiß, wie nahe die Position des Präsidenten dieser regierungsamtlichen Verpflichtung kommt, mit militärischen Interventionen „die Sicherung des uneingeschränkten Zugangs zu den Schlüsselmärkten, Energievorräten und strategischen Ressourcen“ zu gewährleisten.

Wie weit Trump dabei gehen wird, ist abzuwarten. Aber wenn jemand zu einem der mächtigsten Männer der Welt gekürt wird, der über keinerlei politische Erfahrung verfügt, der im Wahlkampf keinerlei staatsmännisches Format zeigte, der vor

und nach der Wahl völlige Unberechenbarkeit offenbarte, so ist das eine ziemlich gefährliche Konstellation. Und wenn dessen Präsidentensessel in der Nähe des berühmten - berüchtigten Roten Knopfes steht, kann das für unsere Welt existenzgefährdend sein - und nicht nur für unsere, für seine auch!

Über die daraus resultierenden Gefahren für die internationale Völkergemeinschaft ist in den vergangenen Jahren viel gesprochen und geschrieben worden. Es gibt wertvolle Analysen und wichtige Bücher darüber. Diese Zusammenhänge müssen heute hier nicht neu bewiesen werden.

Aber etwas anderes ist mir wichtig. Bei Vorträgen, auf Konferenzen und in Gesprächen begegnet mir mehrfach eine gewisse Skepsis, ein Fatalismus oder auch sogar Pessimismus - entstehend aus der Frage:

Was tun? Wo ist der Ausweg? Wie soll man dieser gewaltigen Wirtschaftsmacht der USA mit ihren imperialistischen Verbündeten und der Kriegsmaschine NATO standhalten?

Hier muss nun unser von Marx geprägtes dialektisches Denken einsetzen. Dialektik bedeutet - vereinfacht ausgedrückt - zu erkennen, dass alle Entwicklung durch den Kampf der allem innewohnenden Widersprüche bewirkt wird. Die Entfaltung der Widersprüche ist die Triebkraft jeder Bewegung, Entwicklung und Veränderung. Daher ermöglicht dialektisches Denken einen präziseren Blick auf alles Geschehen. Die Dialektik des geschichtlichen Prozesses ist zu erkennen und zu hinterfragen.

Das führt zu der Frage, ob nicht das imperialistische Herrschaftsstreben auch innere Widersprüche enthält, ob nicht dieser Haupttendenz eine Gegenteiligkeit gegenüber steht? Wurzelt nicht diese imperialistische Aggressivität - siehe auch Osterweiterung der NATO - mit ihren Bedrohungen nicht nur in der noch vorhandenen Überlegenheit, sondern auch in der Sorge um die Aufrechterhaltung dieser Überlegenheit, in der Sorge um den Verlust von Einfluss in der Weltentwicklung?

In der Tat: es gibt zu dieser gefährlichen Haupttendenz eine

Gegentendenz. Das wird deutlich, wenn man betrachtet, auf wieviel verschiedenen Konfliktfeldern in den vergangenen vier bis fünf Jahrzehnten die USA-Strategie gescheitert ist, in wieviel Fällen die USA zur Änderung ihrer Taktik gezwungen wurden, auf welchen Gebieten sie Verluste ihres Einflusses hinnehmen mussten.

Diesen Entwicklungen unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden und sie als historisch wirksame Gegenteil gegenüber den imperialistischen strategischen Planungen zu erkennen, ist eine wichtige Aufgabe. Schauen wir uns das ganz konkret an.

1954 wurden in Vietnam die französischen Kolonialherren in der berühmten Schlacht bei Dien Bien Phu aus dem Lande vertrieben. Aber 1965 rückten USA - Truppen ein und führten einen erbarmungslosen Krieg bis 1972. Durch die Bombardierung mit chemischen Waffen wurden der Landwirtschaft große Schäden zugefügt und ganze Wälder vernichtet - außer den vielen Opfern an Menschenleben. Dennoch wurde Vietnam nicht besiegt, die US - Truppen wurden abgezogen und 1976 wurde die Vereinigte Sozialistische Republik Vietnam gegründet und besteht bis heute. Das heißt, das Kriegsziel, nämlich ein dem Westen verbundenes Vietnam als Stützpunkt gegen China zu etablieren, wurde nicht erreicht und diese Strategie war gescheitert.

Schauen wir nach Irak. Dort erfolgte 1972 die Verstaatlichung der von den USA kontrollierten Petrol Company. 1978 erfolgte die Bildung einer irakisch - syrischen politischen und Wirtschaftsunion. Aber Syrien hatte wiederum freundschaftliche und wirtschaftliche Beziehungen zu Russland. Diese Entwicklung widersprach den US - Interessen und sollte 2002 durch den völkerrechtswidrigen Überfall auf Irak umgekehrt werden. Der Vorwand von den angeblichen Massenvernichtungswaffen in Irak ist längst international als große Kriegslüge entlarvt. Das Kriegsziel bestand darin, eine westlich orientierte Regierung einzusetzen, den US - Einfluss in der arabischen Region zu stärken – vor allem gegenüber Syrien und Iran – und

die Kontrolle über die Öl - und Erdgasreserven zu sichern. Immerhin verfügt Irak über die zweitgrößten Rohöl- und Erdgasreserven innerhalb der OPEC - Staaten. Herausgekommen ist ein Staatswesen, in welchem die früher herrschende sunnitische Elite durch die regierungs- und politikunerfahrene schiitische Elite mit einem schwachen Präsidenten abgelöst wurde. Im Nordosten sind große Landesteile von Kurden bewohnt, die nach Selbstbestimmung streben.

Das wiederum ruft die Türkei auf den Plan. Im Norden des Irak sind beträchtliche Landesteile durch die vereinigten Terrormilizen des sogenannten IS besetzt.

Das heißt, die auf das Kriegsziel hin angelegte US - Strategie ist völlig gescheitert und übrig ist Chaos! Jürgen Todenhöfer kommentiert das so: „Die USA haben den Irakkrieg schlicht und ergreifend verloren. Aber mit Hilfe ihrer Dollargeschenke konnten sie wenigstens ihr Gesicht wahren.“

Jetzt zu Afghanistan. 1996 übernehmen die Taliban die Macht in Kabul. Sie errichteten ein streng islamisches Regime, arbeiteten eng mit EI Quaida unter Osama bin Laden zusammen und sind lt. UNO - Statistiken der international größte Opiumproduzent und -händler. Mit dem Argument „Krieg gegen den Terrorismus“ begannen 2001 heftige Luftangriffe der USA und danach die Besetzung unter Einbeziehung solcher NATO - Partner wie BRD.

Das Kriegsziel bestand in der Errichtung einer bürgerlichen Demokratie, in der Vertreibung der Taliban und der Liquidierung von Opiumproduktion und Opiumhandel. Nach vielen Jahren Krieg und Besetzung gibt es heute keine funktionsfähige Demokratie, die Taliban sind im Kontakt mit den Terrormilizen des IS stärker als zu Beginn. Produktion und Handel mit Drogen blühen nach einem kurzen Tief wieder wie eh und jeh. Die bereits auf Abzug vorbereiteten Truppen verlängern daher ihren Aufenthalt. Trotzdem finden in der Hauptstadt Kabul und anderswo ständig neue und sehr opferreiche Anschläge statt. Die von der Bundesregierung erfolgte Kennzeichnung Afgha-

nistans als sicheres Herkunftsland von Flüchtlingen ist lächerlich. Die UNO hat veröffentlicht, dass es 2015 in Afghanistan 3.545 Todesopfer und 7.457 Verletzte gab, dass dies im wesentlichen Zivilisten waren und dass dies die höchsten Jahreszahlen seit 6 Jahren sind. Auch hier also: Kriegsziel nicht erreicht, Strategie gescheitert.

Über die Ukraine ist so viel gesagt und geschrieben worden, dass ich hier Einzelheiten erspare. Ich stelle nur gegenüber einerseits das Ziel der Aktion und andererseits ihr Ergebnis. Das Ziel bestand darin, die Ukraine aus ihrer Beziehung zu Russland herauszulösen, in das westliche Bündnissystem einzuordnen und eine starke Ukraine als Bollwerk gegen Russland einzurichten. Herausgekommen ist ein Staat, der wirtschaftlich deutlich geschwächt ist, finanzpolitisch absolut kreditabhängig ist, auf dessen Territorium eine starke Unabhängigkeitsbewegung entstanden ist und dort bürgerkriegsartige Auseinandersetzungen stattfinden.

Am schmerzlichsten für die Ukraine und ihre westlichen Förderer ist der komplette Verlust der Krim. Und da ihre Wiedereingliederung in die Russische Föderation absolut friedlich und mit starker Unterstützung der dortigen Bevölkerung erfolgte, ist der Respekt vor Russland - ungeachtet der gegenläufigen Propaganda - demzufolge international gestiegen. Auch hier also ein Resultat, bei dem die negativen Aspekte gegenüber der Zielstellung deutlich überwiegen.

Bevor ich jetzt zu Syrien als dem Hauptfeld heutiger militärischer Aktivitäten komme, ist eine Zwischenbemerkung angebracht. Vielleicht denkt jetzt mancher, diese Fälle kennen wir doch - der eine spezieller, der andere allgemeiner -, wozu sie noch mal aufzählen?

Dazu zwei Gesichtspunkte: **Erstens** werde ich zu den Konflikten im Nahen und Mittleren Osten einige Fakten, Informationen und Gedanken hinzufügen, die vermutlich nicht jedem bekannt sind. **Zweitens** aber geht es mir nicht um die Einzelfälle, sondern um ihre Wechselbeziehung, um ihre Einordnung in die

historische Entwicklung, um die Erkenntnis ihrer Widersprüchlichkeit und einer Gegentendenz angesichts der vorhandenen Gefahren. Erst so werden Schlussfolgerungen möglich, die am Ende zu ziehen sind.

Die Problematik um Syrien begann schon 1967 mit dem Überfall Israels mit Billigung der USA. Daraus entstand die Annexion der Golan - Höhen, die Besetzung des West - Jordan - Landes und es erfolgten mehrfache Bombardements sowie Artilleriebeschuss syrischen Gebiets.

Da sich Russland gegen diese israelischen Aktivitäten positionierte, schloss Syrien 1980 einen Freundschaftsvertrag mit der UdSSR ab und stellte ihr den Hafen Tartuz als Flottenbasis, Transportweg und Handelstrasse zur Verfügung.

Solches den US- Interessen entgegenstehendes Verhalten zeigte Syrien auch während des Krieges der USA gegen den Irak, indem es der Bevölkerung in blockierten Gebieten humanitäre Hilfe durch Lebensmittelsendungen und Medikamente leistete.

Diese Entwicklung zeigt Syrien in ständigem Widerspruch zur US - Strategie. Das ist eine der Ursachen für die ständige westliche Forderung nach Auswechslung der Assad - Regierung. Hinzu kommt, dass durch die Verbindung von Assad mit Russland und Iran ein Komplex entsteht, durch den der amerikanische Einfluss in dieser Region zurückgedrängt wird.

Und schließlich geht es auch hier um die Kontrolle über das syrische Öl und Gas sowie um Transportwege.

In diesem Konfliktfeld ist eine weitere Spezifik des Nahen und Mittleren Ostens erkennbar. In dieser Region operieren vielerlei islamische, mohammedanische terroristische Gruppierungen. Die stärksten davon sind EI Nusra - in Syrien, EI Quaida (auch ohne Osama Bin Laden), Salafisten (von Ägypten her) und es gibt darüber hinaus Djihadisten, Takfiri, Front des Beistands, Befreier Syriens u. a. Diese Gruppierungen sind radikal-islamisch orientiert und erhalten daher von dem ebenfalls radikal-islamisch verfassten Saudi-Arabien Nachschub von Waffen,

Finanzen und Personal. Das hängt u. a. damit zusammen, dass Syrien der einzige säkulare Staat im arabischen Raum ist.

Dieser Nachschub und die Ausrüstung der Terrorgruppen - nicht nur von den Saudis, sondern auch von den Emiraten, von Katar und Kuwait - wurde entlang der ca. 1.000 km langen Grenze der Türkei nach Syrien und Irak geschleust. Das lief vorrangig über Anatolien und die Provinz Hatay. Ankara machte demgegenüber beide Augen zu und hielt die Grenze absichtlich durchlässig.

Weshalb aber diese damalige Unterstützung der Terroristen? Der Hintergrund dafür ist von doppelter Art. Politisch geht es der Türkei im Bündnis mit Saudi-Arabien um die Herauslösung Syriens aus den freundschaftlichen Beziehungen zu Russland, dem Iran und auch China. Es geht um die Einschränkung der gewichtigen Rolle Syriens im arabischen Raum. Wirtschaftlich geht es um die Transportwege für Öl und Gas, denn der Iran braucht die Verbindung zu den Mittelmeerhäfen über Irak, Syrien und Libanon.

Nach dieser Einschleusung terroristischer Gruppen nach Syrien und Irak passierte etwas Unerwartetes: sie begannen, sich unter dem Dach von EI Quaida - der stärksten unter ihnen - zusammenzuschließen. Daraus entstand 2006 die Ausrufung des sogenannten Islamischen Staates (I. S.) als Kalifat. Alle aus dieser Gründung einer radikal-islamischen Struktur folgenden militärischen, völkerrechtswidrigen, menschenfeindlichen und terroristischen Aktivitäten sind letztlich unmittelbar durch die Türkei, Saudi-Arabien und Katar mit zu verantworten und wurden längere Zeit von den Westmächten toleriert.

Die Attentate in Paris, in Brüssel, in Istanbul, in Ankara, in Damaskus, in Tunis, auf Djerba u. a. schlagen auf die ursprünglichen Förderer des Terrorismus zurück.

Die rasch erreichte militärische Stärke des IS zeigt sich daran, dass er in wenigen Monaten ein Staatsgebiet in der Größe von Großbritannien mit 6 Millionen Bewohnern unter seine Kontrolle gebracht hat. Als seine Hauptstadt wurde die auf irakischem

Gebiet liegende 2-Mio-Stadt Mossul etabliert. Der IS kontrolliert damit die „Strategische Pipeline“ des Irak in die Türkei, d. h. eine Lebensader der irakischen Ölindustrie.

Inzwischen haben syrische Regierungstruppen mit Unterstützung russischer Luftstreitkräfte Aleppo von den terroristischen Kräften befreit. In dem vom IS zu seiner Hauptstadt erklärten Mossul vollzieht sich die Befreiung durch irakische Truppen mit Unterstützung us-amerikanischer Luftstreitkräfte. Während so das Herrschaftsgebiet des IS durch die internationalen Anti-terroraktivitäten ständig eingeschränkt wird, weitet der IS seine Angriffe inzwischen auf große europäische Städte in erschreckender Weise aus: Paris, Brüssel, Berlin, London, Stockholm.

Der IS strebt nach internationaler Ausdehnung eines „Gottesstaates“ und will mit den genannten Attentaten seine Fähigkeit dazu beweisen. In einer offiziellen und veröffentlichten Ansprache des Sprechers des Kalifen rief Abu Mohammed Al Adnani die Muslime der westlichen Länder dazu auf, gegen die nicht muslimische Bevölkerung der westlichen Länder Gewalt anzuwenden. In einer anderen Rede wandte er sich direkt an Obama und die Westmächte: „Ihr könnt alle kommen, wir werden bereit sein. Unser Tod wird das Märtyrertum sein, und euer Tod wird die Hölle sein. Wir wissen, dass wir siegen werden“.

In einem Interview mit einem namhaften Repräsentanten des Kalifats wies der Reporter darauf hin, dass der IS ja kein regulär gegründeter Staat mit entsprechenden Strukturen (z. B. Verfassung, Staatsgrenzen u. ä.) sei. Die Antwort bestand in zwei Punkten:

1. Unsere Verfassung ist die Scharia;
2. Unser Staat hat keine Grenzen, sondern nur Fronten, die wir ständig nach vorn verschieben werden!

Auf dieser Position beruht z. B. Folgendes: Libyen versank nach Gaddafi in Chaos mit vielerlei militärischen Gruppierungen und zwei rivalisierenden Regierungen. In dieses Machtvakuum stieß der IS vor, verfügt heute über ca. 4.000 - 6.000 IS -

Kämpfer dort und besetzt einen ca. 200 km breiten Küstenstreifen zwischen Sirte und Nufalija. Von da aus werden libysche Ölfelder überfallen und Anfang 2016 wurde ein Ausbildungslager der libyschen Küstenwache gestürmt - Bilanz 70 tote Kadetten.

Von hier aus wurden die Attentate in Tunis und auf der tunesischen Halbinsel Djerba organisiert. Das Ziel besteht darin, aus Libyen und Tunesien einen gemeinsamen Gottesstaat als Teil des IS zu bilden.

Im Herrschaftsgebiet des IS erfolgt die Gesellschaftsgestaltung nach den Regeln der Scharia. Die Scharia enthält die Lebensregeln und das Strafgesetz des radikalen Islamismus.

Konkret bedeutet das ein strenges Verbot von Rauchen, Alkohol, Unterhaltungsmusik, Homosexualität und Autofahrverbot für Frauen. Bei Diebstahl im Wert von unter 40 Dollar gibt es zehn bis zwanzig Stockhiebe, bei über 40 Dollar wird die Hand abgehackt. Bei Ehebruch erfolgt öffentliche Steinigung bis zum Tode. Bei Vergewaltigung gibt es 100 Stockhiebe.

Aber nun leben im jetzigen Herrschaftsgebiet des IS auch jüdische Gemeinschaften, es gibt christliche Siedlungen und es wohnen auch gemäßigte moslemische Familien dort, die sich nicht dem radikalen Islam anschließen. Für diese Bürger hat der IS folgende Regelungen parat: Jüdische und christliche Bürger können mit ihren Familien weiterhin dort leben und arbeiten, wenn sie dem IS eine jährliche Schutzsteuer zahlen. Es gibt zwei Kategorien. Für arme Familien sind pro Jahr und pro Person 300 Dollar zu zahlen. Für begüterte Bürger pro Jahr und pro Person 600 Dollar. Dann stehen sie unter dem Schutz des Kalifats.

Anders liegt es bei den gemäßigten Muslimen, die nach den Prinzipien des säkularen syrischen Staates leben wollen. Für sie gibt es nur drei Möglichkeiten. Entweder sie verlassen dieses Gebiet und entziehen sich dem Zugriff des IS. Oder sie konvertieren zum radikalen Islam und werden damit akzeptiert. Falls sie dazu nicht bereit sind, werden sie als Abtrünnige betrachtet,

als Verleugner des wahren Glaubens, als Ignoranten gegenüber den Gesetzen Allahs. Darauf steht der Tod. Also flüchten, konvertieren oder sterben.

Die Praktizierung dieser u. ä. Regelungen erfordert keine juristische Ausbildung. Die in den vom IS besetzten Gebieten vorher tätigen Richter wurden davon gejagt oder exekutiert. Der Vorwurf: sie haben die staatliche Gesetzgebung über die Gesetze Allahs gestellt. An ihre Stelle wurden in Moscheen ausgebildete Prediger gesetzt.

Es gäbe noch viel über die Herrschaftsformen im „Gottesstaat“ zu sagen - aber das ist hier nicht das Thema.

Mir kommt es auch bei diesem Konfliktfeld auf Folgendes an:

1. Die US - Strategie, Syrien mit seinen Öl - und Gasvorkommen sowie wegen der Transportwege unter imperialistischen Einfluss zu bringen und dies mit einem Regime-wechsel zu verbinden, ist gescheitert.
2. Stattdessen ist mit dem IS ein neuer Gegner mit internationaler Dimension und terroristischer Aktivität entstanden.
3. Völlig entgegen der US Strategie hat die Ausdehnung dieses Konflikts dazu geführt, dass sich Russland, Iran und China gemeinsam und verstärkt für die Aufrechterhaltung der regulär gewählten Regierung und die Selbstbestimmung des syrischen Volkes engagieren, womit der amerikanische Einfluss weiter zurückgedrängt wird.

Ein weiterer Minuspunkt zeigt sich bei allem, was sich in und um Iran abspielt. Viele Jahre haben die USA gemeinsam mit Israel, den Iran des Atombombenbaus verdächtigt und Sanktionen verhängt. Netanjahu hat mehrfach versucht, eine militärische Aktion gegen Iran zu provozieren. Unter internationalem Druck mussten die USA ihre Strategie wechseln und einem internationalen Vertrag mit Iran zustimmen. Die Sanktionen werden schrittweise zurückgefahren.

Mehr noch: Irans Präsident Rohani wurde vom Papst empfangen. Erstmals besuchte ein chinesischer Staatspräsident Teheran. Xi Jinping unterschrieb 17 Wirtschaftsverträge, darunter den

Bau von zwei Kernkraftwerken im Iran und umgekehrt wurde die langfristige Lieferung iranischen Öls nach China vereinbart.

Nun kann sich auch die deutsche Bundeskanzlerin dem internationalen Sog einer Normalisierung der Beziehungen zum Iran nicht mehr entziehen. Lange hat sie die Kontakte mit Iran verweigert. Jetzt berichtet „Der Spiegel“ mit Bezugnahme auf Regierungskreise, dass Steinmeier und Gabriel seit längerem drängen, dem internationalen Trend nachzugeben. Auch die Wirtschaft übt Druck auf das Kanzleramt aus. Daher wird vermutlich noch in diesem Jahr der iranische Präsident Hassan Rohani nach Berlin eingeladen. Damit hat auch die BRD als einer der gewichtigsten Verfechter der westlichen Strategie gegenüber Iran diese Position aufgeben müssen.

Allerdings hat der neue Präsident der USA verdeutlicht, dass er diesen Vertrag mit Iran nicht unterschrieben hätte und jetzt darüber nachdenkt, wie sich die USA künftig dazu verhalten werden. Hieran wird bereits sichtbar, dass dieser Mister Präsident sich von Beginn an bemüht, bereits international erreichte progressive und friedensfördernde Positionen zu untergraben.

Noch deutlicher wird dies im Hinblick auf die Problematik Israel - Palästina. Die israelische Regierungspolitik der Besetzung palästinensischer Gebiete, des Landraubes mittels Siedlungsbau und der Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung genoss viele Jahrzehnte die Unterstützung der USA. Auch hier hat sich der Wind gedreht. Zunächst hatte Obama den israelischen Regierungschef zur Mäßigung gemahnt und sich hinter eine Zweistaatenlösung gestellt. Diese wird inzwischen international als die einzige Möglichkeit einer friedlichen Regelung in dieser Region betrachtet. Dem liegt auch zugrunde - was wenig bekannt ist -, dass Jordanien, welches bis 1967 das Westjordanland regierte, seine Ansprüche an die Palästinenser und nicht an Israel abgetreten hatte. Inzwischen leben im Westjordanland mehr als 45.000 Israelis in den neu gebauten Siedlungen, zerteilen das Land, sperren Transportwege und zerstören normale Lebensbedingungen. Hinzu kommen mindestens

160.000 Israelis im Stadtgebiet von Jerusalem. Mit jedem israelischen Siedlungs- und Hausbau sinken die Chancen für einen selbständigen palästinensischen Staat.

Dazu positionierte sich der Generalsekretär der UNO Ban Ki Moon. Vor dem Sicherheitsrat der UNO sagte er: „Die Enttäuschung der Palästinenser wächst unter dem Druck eines halben Jahrhunderts der Besatzung und der Lähmung des Friedensprozesses. Entfremdung und Verzweiflung steht hinter den Taten einiger Palästinenser. Für Fortschritte in Richtung Frieden muss Israel seine illegalen Siedlungsvorhaben einfrieren“.

Eine solch scharfe und auf hoher Ebene erfolgende Kritik der israelischen Annexions- und Kolonialisierungspolitik gab es bisher noch nicht!

Das wird ergänzt durch folgenden Vorgang: Ende Juni 2015 erfolgte in Rom die Unterzeichnung eines Staatsvertrages zwischen dem Vatikanstaat - dessen Oberhaupt der Papst ist - und dem Staat Palästina. Damit wird Palästina vom Vatikanstaat und vom Papst offiziell als Staat anerkannt. Im Januar 2017 hat der Präsident der Palästinensischen Selbstverwaltung Mahmud Abbas in Rom eine palästinensische Botschaft als offizielle diplomatische Vertretung Palästinas beim Vatikanstaat eröffnet.

Inzwischen hat die UNO-Vollversammlung mit überwältigender Mehrheit Israels Siedlungspolitik als illegal und völkerrechtswidrig verurteilt, ohne das ein US-Veto dies wie früher verhindert hat. Darauf reagierte Netanjahu mit der Verlautbarung, Israel freue sich darauf, gemeinsam mit dem designierten US-Präsidenten Donald Trump „die schädlichen Auswirkungen“ dieser Resolution zu beseitigen. Trump twitterte zurück, nach seiner Amtseinführung würden die Dinge bei den Vereinten Nationen anders aussehen.

Notabene: diesem Problemkreis wird hier so viel Raum gegeben, um deutlich darauf aufmerksam zu machen, welche unmittelbare beträchtliche Friedensgefährdung davon ausgeht. Die

Strategie von Netanjahu - nun mit Unterstützung von Trump - geht dahin, die von der bisher international als Friedensvariante angesehene Zweistaatenlösung beiseite zu schieben und eine Ein - Staatenlösung anzustreben. In solchem israelischen Staat inklusive aller palästinensischen Gebiete wären die Israelis das herrschende Volk und die Palästinenser die unterdrückte und versklavte Völkerschaft. Damit würde Israel aufhören, eine Demokratie zu sein, denn wenigstens vom Prinzip her garantiert eine formale bürgerliche Demokratie allen ihren Bürgern gleiche Rechte. Israel würde damit zu einem Apartheidstaat vergleichbar mit Südafrika zur Zeit der Rassentrennung.

Schon das enthält so viel Konfliktstoff, dass damit der mühsam in Gang gehaltene Friedensprozess beendet wäre. Nun kommt jedoch hinzu, dass Netanjahu mit dieser Ein - Staatenlösung verbindet, die bisher international aufgegliederte Stadt Jerusalem zur israelischen Hauptstadt zu erklären. Das würde bedeuten, die beiden Heiligtümer der gesamten arabischen Welt, Tempelberg und Al-Aksa-Moschee, würden der bisherigen palästinensischen Verwaltung entzogen und als Bestandteil der israelischen Hauptstadt zum israelischen Herrschaftsgebiet. Alle arabischen Regierungen der Region und auch das mit Israel kooperierende Saudi-Arabien haben bereits erklärt, eine solche Regelung keinesfalls widerstandslos hinzunehmen.

Inzwischen hat Donald Trump damit begonnen, die Realisierung seines Wahlversprechens der Unterstützung von Netanjahu einzuleiten. Er hat vorbereitet, die Botschaft der USA von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen.

Wenn die Strategie von Netanjahu mit Unterstützung von Trump verwirklicht wird, käme es mit Sicherheit zu einer 3. Intifada, der palästinensische Widerstand würde gewaltig anwachsen und von vielen arabischen Staaten mindestens mit Waffen, Finanzen und Personal unterstützt - wenn nicht mehr. Es gäbe einen neuen opferreichen zerstörerischen Kriegsschauplatz mit möglicherweise internationaler Beteiligung.

Genau darin liegt die große Gefahr und genau das muss verhindert werden.

Ein kurzer Blick auf Südamerika zeigt auch dort einen deutlichen Einflussverlust der USA. Die Spannweite geht von dem Fehlversuch in der Schweinebucht (1961) über die antiimperialistischen Bewegungen in einigen südamerikanischen Ländern bis zum Besuch von Obama bei Raul Castro.

Als Protest gegen die amerikanische Wirtschaftspolitik wurde 2004 auf Initiative von Fidel Castro und Hugo Chavez die „Bolivarische Alternative für die Völker unseres Amerikas (ALBA)“ gegründet. Diesem antiimperialistischen Staatenbund gehören inzwischen 12 Staaten der Region an.

Seit 2010 besteht die „Lateinamerikanische und Karibische Staatengemeinschaft (CELAC)“, der 33 Mitgliedsländer angehören.

Peter Scholl-Latour hat dies zusammenfassend so gekennzeichnet: „Frappierend ist die Tatsache, dass die USA zwar dank ihrer perfekten Spionagetechnologie in der Lage sind, jedes vertrauliche Gespräch abzuhören, jeden potentiellen Gegner exakt zu positionieren, jedoch aufgrund des Mangels an „human intelligence“, ihrer Unfähigkeit, sich in die Mentalität fremder Kulturen zu versetzen, einen Rückschlag nach dem anderen einstecken mussten“.

Diese antikapitalistische Entwicklung in einigen südamerikanischen Ländern vollzieht sich natürlich nicht ohne Widerstand der einheimischen Bourgeoisien sowie ausländischer neoliberalen Wirtschaftskräfte. Wir kennen die Auseinandersetzungen um die Wiederwahl von Evo Morales, um den Führungsstil von Maduro sowie die Intrigen gegen die Präsidentschaft von Dilma Rousseff. Hinzu kommt eine gewisse Enttäuschung, weil die erfolgreich angelaufenen Sozialprogramme ins Stocken geraten sind, da durch den weltweiten Absturz der Öl- und Gaspreise den Staaten große Verluste entstanden sind.

Das Ganze fällt unter die Rubrik Klassenkampf. Aber ungeachtet des Ausgangs bleibt gültig, dass diese Länder in einem langwierigen Prozess erfolgreich erste Schritte getan haben,

womit die bis dato diesbezügliche imperialistische Strategie gestoppt wurde.

Diese auf diesen Konfliktfeldern erkennbare Gegenteilstendenz zu den imperialen Interessen der USA wird durch einen weiteren Vorgang ergänzt und erweitert. Ein Teil der Weltgemeinschaft beginnt, diese imperialistische Strategie zu durchschauen und zu erkennen, dass dies für ihre Länder zu zunehmender Abhängigkeit, sozialem Niedergang und kriegerischer Gefährdung führt. Daraus verstärkt sich seit einigen Jahren schrittweise die entsprechende Gegenteilstendenz. Zunächst gab es nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Paktes eine unipolare Weltstruktur. Die USA beherrschten mit ihren Verbündeten die globalisierte Welt. Inzwischen hat sich Russland erholt, hat seinen Nationalstolz wieder entfaltet und in geschickter Verbindung von Politik und einflussreicher orthodoxer Kirche einen wieder starken Staat entwickelt. Es ist nach wie vor eine Atommacht und besitzt seinen Weltraumbahnhof Baikonur in Kasachstan, dem jetzt noch ein weiterer hinzugefügt werden wird.

Wirtschaftlich, politisch und militärisch ist die russische Föderation wieder zu einem internationalen Machtfaktor geworden.

Daneben hat China lange Zeit ohne großes Aufsehen seine Kraft entfaltet. Es hat den Hunger beseitigt, eine starke Industrie aufgebaut, ist ein bedeutsamer Exporteur und ein wichtiger Partner für Entwicklungsländer und Entwicklungshilfe geworden. China ist wie auch Russland Vetomacht im Sicherheitsrat der UNO. Durch seine Flächenausdehnung, seine Bevölkerungszahl und die mit beidem verbundene militärische Stärke ist China im Grunde unangreifbar. Interessant ist, wie Scholl-Latour dies zuspitzte: „War das 19. Jahrhundert das Saeculum Großbritanniens und das 20. Jahrhundert das der USA, so wird das 21. von China dominiert“.

Durch das Zusammenwirken der Atommacht Russland und der Großmacht China in vielen internationalen Grundfragen wird die unipolare Herrschaft der USA beendet und es besteht wie-

der Bipolarität. Auf diesem Hintergrund vollziehen sich weitere Veränderungen. In Südostasien haben sich 10 Länder zu einer Wirtschaftsgemeinschaft zusammengeschlossen: ASEAN. Dazu gehören Laos, Kambodscha, Myanmar, Vietnam,, Indonesien, Thailand, Singapur und die Philippinen.

Anfang Februar 2016 lud Obama die zehn Regierungschefs zu einer Beratung um diese ASEAN – Staaten in die amerikanische Freihandelspolitik einzubeziehen, sie gegen China in Stellung zu bringen und die US-Vorherrschaft in der Asiatisch-Pazifischen Region zu erhalten. Das ist fehlgeschlagen. Die ASEAN-Staaten haben stattdessen ein Freihandelsabkommen mit China abgeschlossen und halten sich an die 2015 gegründete Asiatische Infrastruktur - Investmentbank. Diese Bank agiert kontra Weltbank und IWF.

Auf Initiative Russlands wurde vor 15 Jahren die Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SCO) gegründet. Die Gründungsmitglieder waren die Staatschefs von Russland, China, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan. Diese Organisation für regionale Zusammenarbeit wurde von der UNO offiziell anerkannt. Ihr gehören inzwischen 18 Mitglieder, Beobachter und Gäste an. Dazu gehören auch Indien und Pakistan. So entwickeln sich auch hier soziale und friedenspolitische Kräfte, die sich in organisierter Form und auf staatspolitischer Grundlage der imperialistischen Weltherrschaftsstrategie entgegenstellen.

Von beträchtlicher Bedeutung ist die Bildung der BRICS - Staaten: Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

Brasilien ist die bevölkerungsreichste und wirtschaftlich stärkste Macht Südamerikas. Indien ist dies im indonesischen Raum und es wirken noch die Traditionen von Mahatma Ghandi. Südafrika ist afrikanische Führungsmacht im Erbe von Nelson Mandela. Hinzu kommt, dass es eine BRICS-Entwicklungsbank gibt, dass die chinesische Währung 2016 in den internationalen Devisenkorb als Weltreservewährung neben Dollar, Euro, Pfund und Yen aufgenommen wurde und dass damit die BRICS - Staaten nicht nur allgemein wirtschafts- und handelspolitisch,

sondern auch finanzpolitisch eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten, direkten politischen Interessen und finanziellen Chancen der einzelnen Länder dieser verschiedenen Zusammenschlüsse sind natürlich sehr differenziert und mitunter auch widerspruchsvoll. Aber allen gemeinsam sind drei Hauptziele:

1. Es geht allen um nationale Souveränität, um Selbständigkeit und Unabhängigkeit, vor allem gegenüber US-amerikanischer Einflussnahme und Bevormundung.
2. Es geht allen um sozialen Fortschritt, um die Verbesserung der Lebensverhältnisse in ihren Ländern.
3. Es geht allen darum, zur Verwirklichung dieser Ziele bei sich und ihren Nachbarn friedliche Verhältnisse herzustellen und zu erhalten, also Friedenssicherung zu erreichen.

Diese gemeinsamen Zielstellungen stehen in flagrantem Widerspruch zu den Weltherrschaftsplänen der USA. Dabei vergessen wir keine Sekunde, dass die Kriegsgefahr noch gewaltig ist. Wir wissen, dass ein verwundetes Raubtier, das in seinen Bewegungsmöglichkeiten eingeschränkt wird, an Aggressivität und Gefährlichkeit zunimmt! Die Bändigung dieses Raubtiers erfordert, dass sich alle fortschrittlichen Kräfte darum bemühen, die bereits erkennbare Gegenteilstendenz zu stabilisieren und zu verstärken. Die dafür erforderliche politische, diplomatische, wirtschaftliche und falls nötig verteidigungsmäßige Kraft ist durchaus vorhanden.

Diese Entwicklungen schaffen die Möglichkeit, die militärische Durchsetzung imperialistischer Interessen zunächst zu behindern und später zu verhindern. Damit wächst die Chance, der Weltgemeinschaft eine friedliche Zukunft zu sichern.

Natürlich geht diese Entwicklung nicht geradlinig vor sich, ist mit Widersprüchen behaftet und mit Auf und Ab. Aber die generelle Linie dieser historischen Tendenz ist erkennbar! Es ist sichtbar, dass nach der Auflösung des „sozialistischen Lagers“ eine unipolare Weltstruktur bestand - mit der USA an der Spitze - und dass dies nach der Erholung Russlands und nach der Ent-

wicklung Chinas wieder in eine bipolare Weltstruktur übergeht. Aber durch die Entstehung neuer wirtschaftlicher und politischer Verbindungen und Gemeinschaften auf fast allen Kontinenten ist die Weltpolitik auf dem Wege zu einer multipolaren Weltstruktur.

„Auf dem Wege“ heißt eben: noch nicht angekommen, aber unterwegs mit klar erkennbarem Ziel. Und sicher ist auch, dass eine multipolare Welt mit vielerlei Zentren, Gemeinschaften und Bündnissen, aber mit den drei genannten gemeinsamen Grundzielen sehr viel erfolgreicher imstande sein wird, noch bestehende Herrschaftsquellen mit ihrem Streben nach Maximalprofit daran zu hindern, ihre Interessen mit wirtschaftlichem Druck oder militärischer Gewalt durchzusetzen.

Auch der namhafte amerikanische Soziologe (Sprachwissenschaftler, Medien- und Globalisierungskritiker) Noam Chomsky hat in seinem Buch „Wer regiert die Welt“ bestätigt: „Zwar bleiben die Vereinigten Staaten das mächtigste Land der Welt, trotzdem teilt sich die Macht auf dem Globus immer weiter auf, so dass die USA zunehmend Schwierigkeiten haben ihren Willen durchzusetzen“.

Aber es ist genau diese historische Tendenz, die Donald Trump zu seinem Kampfruf veranlasst: Amerika first! Er hält nichts von einer multipolaren Weltstruktur und will zurück zu einer Unipolarität mit den USA an der Spitze. Der Multimilliardär hat sich dafür ein Kabinett zusammengebaut, von dem amerikanische Journalisten sagen: ein Club der Hochfinanz.

Wie aber sieht diese heutige Welt aus, die von der US - Administration und ihren Verbündeten erhalten, erweitert und beherrscht werden soll?

Die heutige Welt ist gemäß verschiedener Analysen und Expertisen der UNO und vieler ihrer Organisationen dadurch gekennzeichnet, dass in der südlichen Hemisphäre alle 5 Sekunden ein Kind unter 10 Jahren an Hunger oder an eigentlich heilbaren Krankheiten stirbt, dass 2014 mehr Menschen an Hunger

starben als in allen in diesem Jahr geführten Kriegen. Umgekehrt berichtet die Welternährungsorganisation, dass die Landwirtschaft bei dem erreichten Produktivitätsniveau imstande ist, 12 Milliarden Menschen normal zu ernähren, d. h. fast das doppelte der heutigen Weltbevölkerung, Das entspricht der alten Erkenntnis: Brot für alle hat die Erde!

Über die Toten und Invaliden der in Nahost und Mittelafrrika angezettelten Stellvertreterkriege kann man nichts aussagen - sie sind noch nicht gezählt. Aber gezählt ist von der Kriegsursachenforschung an der Universität Hamburg, dass es 2016 - 32 Kriege und bewaffnete Konflikte gab. Und wir wissen, dass circa 60 Millionen Flüchtlinge aus den Kriegs-und Hungergebieten unterwegs sind und das viele Tausend davon im Mittelmeer ertranken oder auf anderen Fluchtwegen zu Tode kamen. Die internationale Organisation für Migration (IOM) in Genf teilte mit, dass 2016 – 8.079 Menschen im Mittelmeer ertranken.

Der namhafte Schweizer Soziologe und Verantwortliche verschiedener UNO Organe Jean Ziegler liefert in seinem Buch „Ändere die Welt“ noch viele Beispiele dafür, weshalb er diese Weltordnung „kannibalisch“ nennt. Diese kannibalische Weltordnung ist entstanden durch die Funktionsweise des Industrie-, Finanz- und Rüstungskapitals, zusammengefasst unter dem Begriff Imperialismus.

Über diese Gesellschaftsordnung gibt es noch ein weiteres Urteil. Papst Franziskus hat im Juli 2015 auf seiner Lateinamerika-Reise betont: „Wenn das Kapital sich in einen Götzen verwandelt und die Optionen der Menschen bestimmt, wenn die Geldgier das ganze sozio- ökonomische System bevormundet, zerrütet es die ganze Gesellschaft, verwirft es den Menschen, macht ihn zum Sklaven,“ und weiter: „Die Menschen und die Natur dürfen nicht im Dienste des Geldes stehen. Wir sagen NEIN zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der sozialen Ungerechtigkeit, wo das Geld regiert, anstatt zu dienen.“ Und nun der entscheidende Satz: „Diese Wirtschaft tötet.“

Diese Aussage aus solch bedeutsamen Munde darf nicht kleineredert werden. Und dennoch: wollte der Inhaber des Heiligen Stuhles ernsthaft und grundsätzlich kraft seines Amtes und dank seiner humanistischen Gesinnung die Welt verändern, stieße er auf folgende Fakten: die katholische Kirche ist der auf dieser Erde größter Eigentümer von Großgrundbesitz, Ländereien, landwirtschaftlichen Betrieben, Immobilien, Kunstschatzen und Goldvorräten. Also Humanismus contra Eigentum !

Die Eigentumsfrage ist des Pudels Kern.

Zu diesen Eigentumsverhältnissen hat in Vorbereitung auf die kürzlich in Davos durchgeführte Weltwirtschaftskonferenz die internationale Entwicklungshilfeorganisation Oxfam eine neue Studie veröffentlicht. Darin wird festgestellt, dass die weltweite soziale Ungleichheit deutlich dramatischer ist als bisher bekannt. Im Jahre 2016 verfügten die 8 reichsten Männer dieser Welt über ein Vermögen von 426 Milliarden US Dollar und damit über mehr als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Jean Ziegler schreibt: „Die 500 größten transkontinentalen Privatkonzerne kontrollierten im vergangenen Jahr 52,8 % des Weltbruttosozialprodukts. Sie haben eine Macht, politisch, ökonomisch, finanziell und ideologisch, wie sie noch kein König, kein Kaiser, kein Papst in der Geschichte der Menschheit je inne hatte.“ Der Weltreport der Bank Credit Suisse sagt aus, dass 2016 das reichste Prozent der Weltbevölkerung mehr besitze, als die restlichen 99%.

Dass auch die BRD an dieser Entwicklung beteiligt ist, zeigen folgende Zahlen: 36 Milliardäre besitzen mit 297 Milliarden US Dollar mehr als der übrige Teil der deutschen Bevölkerung.

Es geht jedoch nicht um Eigentum im Allgemeinen, um Geldvermögen, um Reichtum und Luxus. Der Vermögensbesitz hat eine Doppelfunktion. Einerseits gibt dieser Reichtum die Möglichkeit, Menschen zu beeinflussen, zu manipulieren, zu korrumpieren, zu kaufen. Damit verbunden ist die Möglichkeit, Entscheidungen in Verwaltungen, Staatsorganen und Regierungen maßgebend zu beeinflussen. Stichwort: Lobbyismus.

Das Alles vollzieht sich noch auf der Ebene von Geldverwendung.

Entscheidend ist die andere Seite: Geld als Kapital. Kapital ist Eigentum an Produktionsmitteln. Dieses Eigentum ermöglicht den Produktionsmittelbesitzern, besitzlose Menschen als Arbeitskräfte zu beschäftigen. Karl Marx hat in seinem Hauptwerk „Das Kapital“ tiefgründig und exakt nachgewiesen, dass und wie trotz Äquivalenzaustausch Mehrwert entsteht, der sich in Profit verwandelt.

Infolge kapitalistischer Konkurrenz entsteht die Jagd nach Maximal- und Extraprofiten. Auf diesem Hintergrund entstanden die kurz benannten Eigentums-, Herrschafts-, und Machtstrukturen. Diese Eigentums- und Machtstrukturen tragen nicht nur den Trieb in sich, ihre Besitzstände zu verteidigen, sondern sie auch mit militärischer Gewalt zu erweitern. Alle in den vergangenen 100 Jahren geführten Kriege beweisen das. Diese Aktivitäten sind noch im vollen Gange. Wir erfahren täglich von den unmenschlichen Grausamkeiten, die auf den noch bestehenden Kriegsschauplätzen vor sich gehen und sind entsetzt. Wir beobachten die Vorbereitungen auf mögliche neue Waffengänge und sind erschreckt.

Daher ist die Erkenntnis, dass es gegen diese gefährliche Tendenz eine bereits wirksame Gegentendenz gibt, von eminenter Bedeutung. Nachgewiesenermaßen ist diese antiimperialistische Gegentendenz in einer Reihe von Ländern und Regionen wahrnehmbar und wirksam. Unbenommen bleibt das Streben nach der Errichtung einer ausbeutungsfreien, sozial gerechten und menschenwürdigen Gesellschaft. Aber im gegenwärtigen historischen Zeitabschnitt besteht die Hauptaufgabe darin, alle fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte zu vereinen und zu befähigen, der Kriegstreiberei Einhalt zu gebieten. Nicht Hoffnungslosigkeit und Pessimismus ist Raum zu geben, sondern der Erkenntnis vom widersprüchlichen Geschichtsverlauf und den darin enthaltenen Möglichkeiten. Diese Erkenntnisse sind die Grundlage für jenen historischen Optimismus, aus dem wir

unsere Kraft schöpfen – unsere Kraft, die wir dringend brauchen und voll einsetzen für die Erreichung von Frieden, für die Erhaltung und Sicherung des Friedens und für die Durchsetzung des historischen Fortschritts!

Der Autor

Prof. Dr. habil. Herbert Meißner wurde 1927 in Dresden geboren. An der Karl-Marx-Universität Leipzig studierte er Wirtschafts -und Sozialwissenschaften.



Nach einem fünfjährigen Studienaufenthalt in der UdSSR promovierte er an der Universität Leningrad. Danach baute er an der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst als Dozent das Fachgebiet »Geschichte der ökonomischen Lehren« auf und leitete den entsprechenden Lehrstuhl.

An dieser Hochschule habilitierte er sich, wonach an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin die Berufung zum Professor erfolgte. An der Akademie leitete er im Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften den Fachbereich Geschichte der politischen Ökonomie. Die Akademie wählte ihn zu ihrem Ordentlichen Mitglied.

Seine über 250 Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen betreffen Wissenschaftsgeschichte, Friedensforschung, Kapitalismuskritik, Wirtschaftspolitik und Revolutionstheorie. Einige seiner Bücher wurden in mehrere Sprachen übersetzt.

Als Exekutivratsmitglied der Weltföderation der Wissenschaftler sowie als Mitglied mehrerer internationaler Fachgremien nahm er leitend an der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit teil. Seit seiner Emeritierung ist er Mitglied der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin.

Von Herbert Meißner erschien im Verlag Wiljo Heinen zuletzt »Trotzki und Trotzismus - gestern und heute« sowie » Gewaltlosigkeit und Klassenkampf - Revolutionstheoretische Überlegungen«.